

Von: Women's Human Rights Campaign **aus:** MILDENHALL, NORFOLK

An: Deutscher Bundestag Petitionsausschuss **in:** Deutschland

Zeichnungsfrist bis: 15.08.2021

Das von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP geplante „Selbstbestimmungsgesetz“ hebt die Rechte von Frauen und Mädchen aus, stellt eine massive Einschränkung der Redefreiheit dar, gefährdet das Kindeswohl und untergräbt die Fürsorgepflicht und Erziehungsrechte von Eltern.

Wir fordern, dass unsere Politikerinnen und Politiker dieses Gesetz entschieden ablehnen!

Was will das Gesetz einführen?

- **Änderung des Geschlechtseintrages und des Namens von Mann zu Frau und umgekehrt durch reinen Sprechakt.** Selbst für Kinder ab 14, ohne Zustimmung der Eltern und ohne psychiatrische Gutachten.
- **Rede, die auf das tatsächliche Geschlecht einer Person hinweist, wird unter Geldstrafe gestellt,** sobald diese vor dem Gesetz als eine Person des gegenteiligen Geschlechts „anerkannt“ worden ist.
- **Medizinisch nicht notwendige irreversible Operationen an Kindern ab 14 werden gegen den Willen der Eltern** mit richterlichem Beschluss erlaubt. Das betrifft Operationen an äußeren und inneren Geschlechtsmerkmalen (z.B. Brust- und Penisamputationen).

BITTE HANDELN SIE **JETZT!**

UNTERSCHREIBEN SIE DIE **PETITION.**

INFORMIEREN SIE SICH UNTEN ZU DEN **HINTERGRÜNDE.**

Für deutschsprachige Fortsetzung siehe unten ab "Hintergründe"

The German parties BUENDNIS 90 / DIE GRUENEN (German Green Party) and the FDP (Free Democratic Party) try to introduce:

- **Self-ID, which means any man can declare himself a "woman" an vice versa.**
- **Compelled speech.**
- **Irreversible surgical interventions like genital and breast amputations on minors from age 14 against the will of the parents by court order.**

Nein! zu einem
„Geschlechtsidentitäts“-
Gesetz!

Verteidigt
Frauenrechte,
Kinderrechte und
Redefreiheit aller.



If you live outside of Germany please describe the situation in your country or your personal experiences in a comment. Have similar laws been introduced? What impact have you seen on the rights of women and girls, children and parents, and free speech?

Read the full petition in English here: <https://womensdeclaration.com/en/country-info/germany/petition-translation/>

Hintergründe:

Im Sommer 2020 brachten **FDP** und die **GRÜNEN** Gesetzentwürfe zum sog. „**Selbstbestimmungsgesetz**“ ein (Bundestagsabstimmung am 19. Mai 2021). Der Name „Selbstbestimmungsgesetz“ ist ein Euphemismus. Das Gesetz würde es erlauben, dass sich jeder Mann **durch reinen Sprechakt** vor dem Gesetz zur „Frau“ bestimmen darf und umgekehrt. Die Einholung von zwei psychiatrischen Gutachten, auf deren Basis ein Gericht über die Änderung des Geschlechtseintrages und eine Namensänderung entscheidet, würde wegfallen.

Das „Selbstbestimmungsgesetz“ setzt fort, was bereits mit dem Transsexuellengesetz (TSG) begonnen worden war: es zersetzt die **objektiv fassbare Kategorie des Geschlechts**, an das Rechte geknüpft sind, und löst sie durch einen Begriff einer **subjektiv empfundenen „Geschlechtsidentität“** ab. Der auf „Geschlechtsidentität“ basierende Geschlechtseintrag soll, sofern gewünscht, nach dem Ablauf eines Jahres wieder geändert werden dürfen.

Was tun?

Schreiben Sie **Bundestagsabgeordnete** an (siehe Link unten). Machen Sie den Abgeordneten oder ihrer Partei klar, dass Sie die **Einschränkungen der Rechte von Frauen und Mädchen, Kindern und Eltern, und die Beschränkung der Redefreiheit aller Bürger** ablehnen. Bedenken Sie, es sind nicht nur die GRÜNEN und die FDP, die dieses Gesetz durchdrücken wollen, es wird zum Teil von der **SPD** und von der **LINKEN** unterstützt. Selbst die **CDU/CSU** plante im Rahmen eines Reformvorhabens der Großen Koalition einzulenken, indem sie in einem Referentenentwurf (Januar 2021) die psychiatrischen Gutachten für Erwachsene fallen lassen wollte. Da sie aber an der Begutachtungspraxis für Minderjährige noch festhielt, lehnte die SPD-Fraktion ihren Entwurf ab.

Bitte unterschreiben und teilen Sie auch diese **Petition**, egal in welchem Land Sie leben. Wenn Sie außerhalb von Deutschland leben, schildern Sie bitte die Situation in Ihrem Land oder Ihre persönlichen Erfahrungen in einem Kommentar. Wurden bereits ähnliche Gesetze eingeführt? Welche Auswirkungen hatte das auf die Frauenrechte, Kinderrechte und auf die Redefreiheit?

Die Videoaufnahmen zu den Lesungen sowie die Stellungnahmen zu den Gesetzentwürfen finden Sie hier:

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2020/kw25-de-transsexuellengesetz-698668>

Abgeordnete anschreiben (Tipps, Adressen):

<https://womensdeclaration.com/de/country-info-de/germany-de/what-can-we-do-de/>

<https://www.bundestag.de/abgeordnete>

Informieren Sie sich:

WHRC Webseite: <https://womensdeclaration.com/de>

WHRC Webseite, Informationen auf Deutsch: <https://womensdeclaration.com/de/country-info-de/germany-de/whrc-deutschland-mehr-informationen-de/>

WHRC YouTube: <https://www.youtube.com/channel/UCWECmp5Tk3epYSkjs0qAKKQ>

Vortrag zur Kritik an Entwürfen: <https://www.youtube.com/watch?v=0KJKDwF-tWQ>

Die Entrechtung von Frauen und Mädchen

Wie die Einführung solcher Gesetze in anderen Ländern bereits bewiesen hat, werden damit Räume für Frauen, wie **öffentliche Toiletten, Umkleiden, Duschen, Frauenhäuser und Frauengefängnisse** zu gemischtgeschlechtlichen Räumen, in die Männer freien Zutritt haben. Das verletzt die Würde, Privatsphäre und Sicherheit von Frauen und Mädchen.

Für Frauen vorgesehene Positionen und Angebote wie **Frauensport, Frauenberatungsstellen, Lesbenräume, Stipendien, Listenplätze** werden für Männer geöffnet. Dies stellt eine **Diskriminierung von Frauen** dar und verletzt damit GG Art. 3 (3). Die falsche Dokumentation des Geschlechts ist dabei keine Privatsache. Sie ist besonders schwerwiegend, wenn man bedenkt, dass **über 95% der Gewalt- und Sexualdelikte von Männern begangen** werden und die meisten Opfer von Sexualdelikten Frauen und Mädchen sind (Polizeiliche Kriminalstatistik 2019).

Die Einschränkung der Redefreiheit

Nicht nur soll Frauen für die „Selbstbestimmung“ von Männern Rechte entzogen werden, es soll ihnen und allen anderen die Freiheit genommen werden, darüber zu sprechen. Dem „Selbstbestimmungsgesetz“ nach wird es **mit bis zu 2.500 EUR geahndet**, das **Geschlecht oder den früheren Namen** einer Person zu benennen, sobald diese den Geschlechtseintrag und den Namen geändert hat. Der GRÜNEN-Entwurf will sogar **nicht nur die „vorsätzliche“, sondern auch die „fahrlässige“ Nennung** des Geschlechts oder des alten Namens einer Person unter Strafe stellen. Die Sprache, die verwendet werden soll, ob von staatlichen Stellen oder im Privaten, muss somit diesen Gesetzentwürfen nach der Idee von der Existenz einer vom Geschlecht losgelösten undefinierten „Geschlechtsidentität“ entsprechen.

Zwar sehen andere Gesetze in Deutschland Verbote vor, die die Rede einschränken (z.B. Verbot der Volksverhetzung), aber **kein anderes Gesetz fordert von der ganzen Gesellschaft, bestimmte Worte zu benutzen**. Menschen zu zwingen, falsche Pronomen zu verwenden und materielle Realität zu leugnen, ist ein schwerer Angriff auf die Meinungs-, Rede-, Presse-, Informations- und Forschungsfreiheit.

Gefährdung des Kindeswohls und Untergrabung von Fürsorgepflicht und Erziehungsrechten von Eltern

Den Gesetzentwürfen nach dürften Kinder **ab dem 14. Lebensjahr gegen den Willen der Eltern** mit richterlichem Beschluss unnötigen und irreversiblen chirurgischen Eingriffen ausgesetzt werden, zu denen die **Amputation von Brüsten, Gebärmutter, Eierstöcken und Penissen** gehören. Die Amputation von gesunden Körperteilen oder die **Einnahme von Pubertätsblockern und Hormonen**, die den Körper schädigen, können das Geschlecht eines Menschen ändern. Das Gesetz sollte nicht suggerieren, dass das möglich ist. Zwar wäre bei diesen Eingriffen bei Minderjährigen die Zustimmung eines gesetzlichen Vertreters erforderlich, doch könnte das Familiengericht bei Nicht-Einwilligung des gesetzlichen Vertreters die Operationen dennoch durchsetzen.

Die **Namensänderung** und die **Änderung des Geschlechtseintrags** könnte bereits bei Kindern unter 14 Jahren mit Einwilligung eines gesetzlichen Vertreters oder gegen seinen Willen durch die Einwilligung des Familiengerichts erfolgen. Ab dem 14. Lebensjahr würde selbst diese Hürde entfallen und das Kind könnte Namen und Geschlechtseintrag selbst ändern.

Zwar fordern die GRÜNEN und die FDP im gleichen Atemzug das Verbot von medizinisch unnötigen Operationen bei mit DSD/VSD (d.h. mit uneindeutigen Geschlechtsmerkmalen) geborenen Kindern, wollen aber **unnötige und schädigende Operationen** an anderen Kindern per Gesetz fördern. Dabei ist die Bewahrung von Kindern mit DSD/VSD vor unnötigen Eingriffen bereits durch das am 25. März 2021 verabschiedete Gesetz zum Schutz von Kindern mit Varianten der Geschlechtsentwicklung geregelt.

Quellen:

https://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/PolizeilicheKriminalstatistik/PKS2019/PKSJahrbuch/pksJahrbuch_node.html

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw12-de-geschlechterentwicklung-kinder-830122>

1.	Vorname, Familienname	Straße, Nr.
	Postleitzahl, Wohnort	Datum, Unterschrift X
	E-Mail-Adresse <i>Ich möchte per E-Mail informiert bleiben</i>	

2.	Vorname, Familienname	Straße, Nr.
	Postleitzahl, Wohnort	Datum, Unterschrift X
	E-Mail-Adresse <i>Ich möchte per E-Mail informiert bleiben</i>	

3.	Vorname, Familienname	Straße, Nr.
	Postleitzahl, Wohnort	Datum, Unterschrift X
	E-Mail-Adresse <i>Ich möchte per E-Mail informiert bleiben</i>	

4.	Vorname, Familienname	Straße, Nr.
	Postleitzahl, Wohnort	Datum, Unterschrift X
	E-Mail-Adresse <i>Ich möchte per E-Mail informiert bleiben</i>	

5.	Vorname, Familienname	Straße, Nr.
	Postleitzahl, Wohnort	Datum, Unterschrift X
	E-Mail-Adresse <i>Ich möchte per E-Mail informiert bleiben</i>	

6.	Vorname, Familienname	Straße, Nr.
	Postleitzahl, Wohnort	Datum, Unterschrift X
	E-Mail-Adresse <i>Ich möchte per E-Mail informiert bleiben</i>	

7.	Vorname, Familienname	Straße, Nr.
	Postleitzahl, Wohnort	Datum, Unterschrift X
	E-Mail-Adresse <i>Ich möchte per E-Mail informiert bleiben</i>	

8.	Vorname, Familienname	Straße, Nr.
	Postleitzahl, Wohnort	Datum, Unterschrift X
	E-Mail-Adresse <i>Ich möchte per E-Mail informiert bleiben</i>	

9.	Vorname, Familienname	Straße, Nr.
	Postleitzahl, Wohnort	Datum, Unterschrift X
	E-Mail-Adresse <i>Ich möchte per E-Mail informiert bleiben</i>	

10.	Vorname, Familienname	Straße, Nr.
	Postleitzahl, Wohnort	Datum, Unterschrift X
	E-Mail-Adresse <i>Ich möchte per E-Mail informiert bleiben</i>	



Datenschutzerklärung: Dieser Unterschriftenbogen wird auf www.openpetition.de als Bild hochgeladen. Von Ihren Daten werden Postleitzahl und Ort gespeichert, damit Ihre Unterschrift gezählt werden kann. Wenn Sie per E-Mail informiert bleiben möchten, willigen Sie in die Speicherung Ihrer E-Mail-Adresse ein. Dieser Einwilligung können Sie jederzeit widersprechen.

Hinweis: Eintragung nur persönlich und handschriftlich. Nur einmal (entweder online oder handschriftlich) unterschreiben. Diese Liste **bis zum 15.08.2021** einscannen oder fotografieren und hochladen auf www.openpetition.de/ingang